

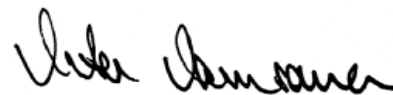
Liebe Leserinnen, liebe Leser,

hinter uns liegt ein ereignisreiches Jahr, vor uns ein Jahr voller Herausforderungen bis zur Bundestagswahl im September. Das Jahr 2016 hat gezeigt: Die Hartnäckigkeit der CSU-Landesgruppe zahlt sich aus!

Gegen den Widerstand der SPD haben wir das Asylpaket II mit beschleunigten Verfahren, vereinfachten Abschiebungen und der weitgehenden Aussetzung des Familiennachzugs durchgesetzt. Damit sind wir einen wichtigen Schritt bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise vorangekommen. Zudem haben wir mit dem Integrationsgesetz den Grundsatz des Förderns und Forderns für Menschen mit Bleibeperspektive fest im deutschen Recht verankert. Den Möglichkeiten zum Sozialmissbrauch durch EU-Ausländer haben wir einen Riegel vorgeschoben.

Über die gesamte Legislaturperiode nehmen wir keine neuen Schulden auf. Auch ohne Steuererhöhungen investieren wir nachhaltig in die Zukunft: Die Mittel für die Infrastruktur, für Bildung und Forschung sowie für Entwicklungszusammenarbeit sind auf Rekordniveau. Wir haben die Polizei und die Sicherheitsbehörden gestärkt und Hilfen für die Landwirtschaft durchgesetzt. Die Erbschaftsteuer kommt ohne übermäßige Belastungen für unseren Mittelstand. Wir haben die Leistungen für Menschen mit Behinderung sowie Pflegebedürftige und ihre Angehörigen deutlich verbessert. Die Maut kommt wie versprochen: Kein Deutscher wird mehr belastet, Autofahrer aus dem Ausland werden an den Kosten beteiligt.

Auch für 2017 gilt: Wir halten Kurs! Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien gesegnete Weihnachten und ein frohes neues Jahr!

Dr. Peter Ramsauer MdB



Finanzierung des Kernenergieausstiegs
„Eine gute Nachricht für die Menschen in den Standortregionen“
[> S. 2](#)



Aktuelle Stunde
Mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gegen den Terror
[> S. 3](#)



Ernährungspolitischer Bericht 2016
Etikettenschwindel bei „veggie“ und vegan endlich unterbinden
[> S. 4](#)

Weitere Themen

Bundeswehr
Mandate für UN- und NATO-Einsätze verlängert [> S. 6](#)

Zu Gast in Stockholm
Europäische Herausforderungen gemeinsam bewältigen [> S. 8](#)

Jahresrückblick 2016 [> S. 9](#)

Termin der Woche [> S. 10](#)

Folgen Sie uns:  [csu_bt](#)

Finanzierung des Kernenergieausstiegs

„Eine gute Nachricht für die Menschen in den Standortregionen“



© picture alliance/dpa

Ein jahrzehntelanger politischer Streit ist beendet – die Finanzierung für den Rückbau der Kernkraftwerke und die Entsorgung nuklearer Abfälle ist gesichert. Mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit haben die Abgeordneten den gemeinsam von der Koalition und Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Gesetzentwurf verabschiedet. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Georg Nüßlein macht im Interview klar: „Dieser Konsens ist eine gute Nachricht für die Menschen in den Standortregionen.“

Herr Nüßlein, das Gesetz zur Neuordnung der Verantwortung der kerntechnischen Entsorgung wurde mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit verabschiedet. Wie ist der Konsens bei diesem doch sehr kontroversen Thema geglückt?

CDU/CSU, SPD und Grüne haben mit diesem Konsens einen politischen Dauerstreit beigelegt. Wir haben ideologische Gräben nach Jahrzehnten der politischen Kontroverse zugeschüttet. Teilweise wurde ja sogar bestritten, dass nach Atomgesetz die Verursacher für die Entsorgung aufkommen müssen. Für so eine Einigung muss man zuallererst aufhören, reflexhaft Schlachten von gestern zu führen. Mit Rechthaberei kommt man nicht weiter, sondern mit einer strikten Orientierung an Fakten. Und es braucht auch sicherlich eine gehörige Portion an Pragmatismus.



© Henning Schacht

Was sieht das Gesetz im Einzelnen vor?

Die Kernkraftbetreiber bleiben für Rückbau und Stilllegung zuständig. Zusätzlich zur Endlagerung, für die der Staat schon bislang verantwortlich war, übernimmt er künftig auch die Verantwortung für die Zwischenlagerung. Das Verursacherprinzip gilt aber weiterhin. Deshalb überweisen die Unternehmen für Zwischen- und Endlagerung zusammen rund 23,5 Milliarden Euro an einen Fonds des Bundes. Das sind die Rückstellungen der Unternehmen – plus einem Risikozuschlag

von rund 35 Prozent. Die Energieversorger haben zudem erklärt, dass sie für die neu gewonnene Planungssicherheit einen Großteil der im Zusammenhang mit dem Atomausstieg angestregten Klagen gegen den Staat zurückziehen werden.

Welche Aspekte sind für Bayern besonders wichtig?

Dieser Konsens ist eine gute Nachricht für die Menschen in den Standortregionen: Der Staat übernimmt die Verantwortung, das schafft Sicherheit. Außerdem liegt es nun im vollen Interesse des Staates, politisch motivierte Verzögerungen und Zusatzkosten bei der Suche nach einem Endlager zu vermeiden. Ich halte es für zwingend erforderlich, dass wir rechtlich klipp und klar festschreiben, dass die Geologie das entscheidende Kriterium für die bestmögliche Sicherheit eines Endlagers ist.

Aktuelle Stunde

Mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gegen den Terror



© picture alliance/dpa

Insgesamt mehr als 50 Tote und hunderte Verletzte: In Istanbul und Kairo sind am vergangenen Wochenende zahlreiche Menschen Opfer von Terroranschlägen geworden. In einer Aktuellen Stunde auf Verlangen von CDU/CSU und SPD debattierten die Abgeordneten über die Herausforderungen für die internationale Politik im Kampf gegen den Terror.

Am Rande eines Fußballspiels explodierte am vergangenen Samstag eine Bombe in Istanbul. Viele junge Polizeibeamte sind unter den Opfern. Es ist nicht der erste Anschlag, den die Türkei und insbesondere die Stadt Istanbul im letzten Jahr getroffen hat. „Richtig ist, dass wir als Bundesrepublik Deutschland zur Aufklärung von terroristischen Akten und zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus beitragen müssen – auch, indem wir die Türkei unterstützen“, unterstrich Volker Ulrich (CSU) in der Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag. „Aber bei dieser Zusammenarbeit muss gleichzeitig angemahnt werden, dass die Aufklärung von terroristischen Akten und der Kampf gegen Terrorismus nur im Rahmen von Augenmaß, Rechtsstaatlichkeit und Verhältnismäßigkeit vorstattgehen können.“ Nur ein Klima von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie könne dauerhaft vor Extremismus und Terrorismus schützen.

Der Bundestag debattierte in der Aktuellen Stunde am Mittwoch auch über den Angriff auf eine koptische Kirche in Kairo, dutzende Menschen starben. „Dieser Anschlag war ein Stich ins Herz der koptischen Christen und ein Anschlag auf die christliche Gemeinschaft im Orient insgesamt“, betonte Ullrich. Die Tat erinnere daran, dass in so vielen Staaten des Nahen Ostens die Situation der orientalischen Christen prekär sei, so Ullrich weiter. Er appellierte in diesem Zusammenhang auch an die ägyptische Politik. „Insbesondere der Schutz von Minderheiten in Ägypten muss auf der Tagesordnung stehen. Deswegen fordern wir, dass ein friedliches Zusammenleben der Religionen, auch in Ägypten, in der Weise gewährleistet wird, dass die Menschen frei von Angst Gottesdienste besuchen können. Das gilt für Christen, aber auch für Muslime. Es gilt für jede Religion.“

Ernährungspolitische Bericht 2016

Etikettenschwindel bei „veggie“ und vegan endlich unterbinden



© picture alliance/chromorange

Für die Gesundheit ist eine ausgewogene Ernährung ungemein wichtig, betont Marlene Mortler, Sprecherin der CSU-Landesgruppe für Ernährungspolitik, in ihrem Kommentar zum ernährungspolitischen Bericht der Bundesregierung, der am Freitag im Bundestag vorgestellt wurde. Doch welche Lebensmittel wirklich gesund, vegetarisch, vegan oder regional sind, lässt sich auf den ersten Blick oft nicht erkennen.

von **Marlene Mortler**

Gesund und fit bis ins hohe Alter? Das muss kein Wunschtraum bleiben, wenn wir uns ein Leben lang ausgewogen ernähren. Dafür sollten wir aber nachvollziehen können, was genau in den Produkten steckt, die wir zu uns nehmen. Die Bundesregierung ist sich dessen bewusst. Sie hat in der Vergangenheit verschiedene Maßnahmen in den Bereichen Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz auf den Weg gebracht. Für Klarheit bei der Vielzahl ernährungspolitischer Aktivitäten sorgt nun der kürzlich veröffentlichte Bericht „Gesunde Ernährung, sichere Produkte“ der Bundesregierung – von der Lebensmittelsicherheit über die Ernährungskompetenz bis hin zur Transparenz bei Lebensmitteln.



© Henning Schacht

Gerade bei veganen und vegetarischen Produkten herrscht in dieser Hinsicht große Unsicherheit. Weil sich damit hohe Gewinnspannen erzielen lassen, treibt die Ernährungsindustrie den Trend zu veganer und vegetarischer Ernährung als Lifestyle-Thema voran. Mit Bezeichnungen wie „Veggie-Rindersteak“ oder „veganer Schinken“ führt sie die Verbraucherinnen und Verbraucher bewusst in die Irre. Hier benötigen wir neue Regelungen durch die Deutsche Lebensmittelbuchkommission. Klar ist auch: Wo „veggie“ draufsteht, ist nicht unbedingt Gesundes oder Fleischloses drin. Viele dieser Produkte enthalten ungesunde Zusatzstoffe, Vitamine oder Aromen tierischen Ursprungs, die nicht ausgewiesen werden müssen. Diesen regelrechten Etikettenschwindel müssen wir dringend unterbinden. Deshalb ist es ein wichtiges ernährungspolitisches Ziel der Regierungskoalition, die Begriffe „vegetarisch“ und „vegan“ endlich einheitlich zu definieren.

wie „Veggie-Rindersteak“ oder „veganer Schinken“ führt sie die Verbraucherinnen und Verbraucher bewusst in die Irre. Hier benötigen wir neue Regelungen durch die Deutsche Lebensmittelbuchkommission. Klar ist auch: Wo „veggie“ draufsteht, ist nicht unbedingt Gesundes oder Fleischloses drin. Viele dieser Produkte enthalten ungesunde Zusatzstoffe, Vitamine oder Aromen tierischen Ursprungs, die nicht ausgewiesen werden müssen. Diesen regelrechten Etikettenschwindel müssen wir dringend unterbinden. Deshalb ist es ein wichtiges ernährungspolitisches Ziel der Regierungskoalition, die Begriffe „vegetarisch“ und „vegan“ endlich einheitlich zu definieren.

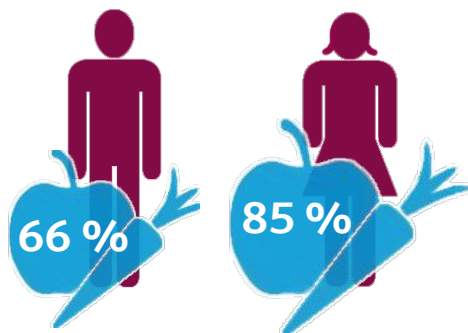
Darüber hinaus wird die Herkunftskennzeichnung eines Lebensmittels für die Verbraucherinnen und Verbraucher immer wichtiger. Sie lässt beispielsweise Rückschlüsse auf die Umweltverträglichkeit und Qualitäts- sowie Verbraucherschutzstandards zu. Auch hier brauchen wir eine bundesweit gültige Definition des Begriffs „regional“. Dafür hat sich die Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaft der CSU auf dem jüngsten CSU-Parteitag mit einem eigenen Antrag stark gemacht.

* * * * *

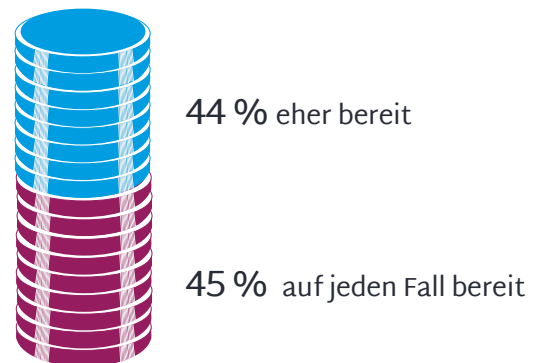
Aufgetischt: Zahlen – Daten – Fakten, die Sie interessieren könnten

Quelle: BMEL

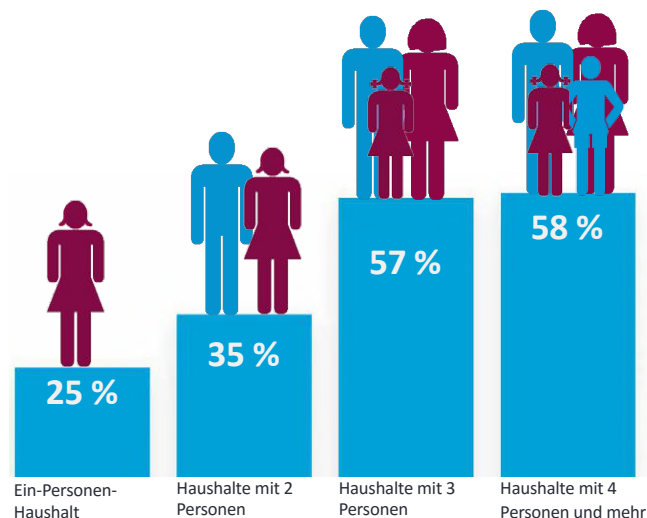
So viele Deutsche essen
täglich Obst und Gemüse



So viele Deutsche wären bereit,
mehr Geld für Produkte auszugeben,
wenn dies mehr Tierwohl bedeutete



In diesen Haushalten werden mindestens einmal
in der Woche Lebensmittel weggeworfen



Bundeswehr

Mandate für UN- und NATO-Einsätze verlängert



© picture alliance/dpa/dpaweb

Fünf Jahre nach der Unabhängigkeit ist die Lage im jüngsten Staat der Welt, dem Südsudan, immer noch sehr kritisch – ebenso wie in der nördlichen Nachbarregion Darfur im Sudan. Und auch in Afghanistan ist die Unterstützung durch die Staatengemeinschaft weiter nötig. Am Donnerstag verabschiedeten die Abgeordneten die Verlängerung der Bundeswehrebeteiligung an den beiden UN-Missionen sowie an dem NATO-Einsatz in Afghanistan.

Hilfe im Südsudan fortsetzen

Auch fünf Jahre nach der Unabhängigkeit ist der Südsudan auf die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen. Die humanitäre Lage hat sich weiter verschärft: 6,1 Millionen Menschen sind auf Hilfe angewiesen, davon brauchen 4,8 Millionen Nahrungsmittel. Es gibt mehr als 1,6 Millionen Binnenvertriebene und über eine Million Flüchtlinge. „Der Bürgerkrieg ist Fluchtursache Nummer Eins“, macht Reinhard Brandl (CSU) in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag deutlich. Nötig sei zum einen, die UN-Friedensmission UNMISS effizienter aufzustellen, damit sie die Zivilbevölkerung besser schützt, die Gewalt stoppt und den Zugang zur humanitären Hilfe ermöglicht. Zum anderen müsse die Regierung davon überzeugt werden, dass nur ein Ende der Gewalt das Land stabilisieren könne. „Wir haben das Land von Anfang an mit entsprechenden Mandaten unterstützt. Wir sollten ihm in dieser schwierigen Phase die Treue halten“, so sein Appell. In namentlicher Abstimmung wurde das Bundeswehrmandat bis Ende 2017 verlängert: So können wie bisher bis zu 50 Soldaten eingesetzt werden, die Führungs-, Beratungs- und Unterstützungsaufgaben übernehmen und bei der technischen Ausrüstung und Ausbildung helfen.

Wir sollten ihm in dieser schwierigen Phase die Treue halten“, so sein Appell. In namentlicher Abstimmung wurde das Bundeswehrmandat bis Ende 2017 verlängert: So können wie bisher bis zu 50 Soldaten eingesetzt werden, die Führungs-, Beratungs- und Unterstützungsaufgaben übernehmen und bei der technischen Ausrüstung und Ausbildung helfen.

 **CSU-Landesgruppe** 
@csu_bt  Folgen

.@reinhardbrandl: Müssen **#UN-Mandat** im **#Südsudan** effizienter aufstellen, in schwieriger Phase Treue halten + **#Bundeswehr-einsatz** verlängern

Bundeswehrmandat in Darfur verlängert

Ebenfalls in namentlicher Abstimmung verlängerten die Abgeordneten die Beteiligung der Bundeswehr an der sogenannten UNAMID-Mission in Darfur im Sudan. Hier ist es bisher nicht gelungen, einen dauerhaften und nachhaltigen Frieden zu etablieren. Deshalb hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im Juni dieses Jahres die UN-Mission um ein Jahr verlängert. „Ohne die UNAMID-Mission bliebe die Bevölkerung ohne Schutz vor Gewalt, Verfolgung und Verbrechen“, erläutert Bernd Fabritius (CSU) in seiner Rede im Bundestag. Die Blauhelme stünden auf der Seite der Zivilbevölkerung und erleichterten die humanitäre Hilfe. Für Fabritius ist klar: „Dass wir heute den deutschen Beitrag zu dieser Mission verlängern, halte ich deshalb für unsere Pflicht.“ Weitere Aufgaben der UN-Mission: Die Vermittlung zwischen Regierung und den bewaffneten Gruppen sowie die Unterstützung von Vermittlungsbemühungen in Konflikten zwischen den Bevölkerungsgruppen. Auch für diesen Bundeswehreininsatz gilt unverändert eine Obergrenze von 50 Soldaten. Er ist ebenfalls bis Ende 2017 befristet.



Unterstützung bei Aufklärung und Lufttransport in Afghanistan

Mit weitaus mehr Soldaten ist die Bundeswehr in Afghanistan im Einsatz – im Rahmen der NATO-geführten Operation Resolute Support. Maximal 980 Soldaten stellt sie zur Verfügung. Julia Obermeier (CSU) erklärt in ihrer Rede: „Resolute Support ist kein Kampfeinsatz. Unsere Männer und Frauen bilden dort aus, beraten und unterstützen die afghanischen Streitkräfte“. Schwerpunkte sind die Aufklärung und der Lufttransport. Obermeier wies auf die Fortschritte hin, die das Land gemacht hat. Das Pro-Kopf-Einkommen hat sich seit 2002 mehr als verdreifacht, statt einer Million Jungen im Jahr 2001 lernen heute neun Millionen Kinder – Jungen und Mädchen – Lesen und Schreiben. „Es ist noch lange nicht alles gut in Afghanistan. Aber es hat sich vieles zum Guten hin verändert“, resümiert die CSU-Abgeordnete. Die Abgeordneten stimmten auch hier in namentlicher Abstimmung der Verlängerung des Einsatzes um ein Jahr zu.



Zu Gast in Stockholm

Europäische Herausforderungen gemeinsam bewältigen



© CSU-Landesgruppe

Gemeinsam mit der schwedischen Schwesterfraktion Nya Moderaterna erörterte jüngst eine Delegation der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Lösungen für die europäischen Herausforderungen. Ob Brexit, innere und äußere Sicherheit oder die Integration von Flüchtlingen: Die Themen zeigten, dass Europa schwierigen Zeiten entgegenblicke, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hans-Peter Friedrich im Interview.

Herr Friedrich, Sie waren kürzlich zu politischen Gesprächen in Schweden. Um was ging es konkret?

Äußere und innere Sicherheit, Integration von Flüchtlingen, mangelnde Haushaltsdisziplin und Brexit. Diese Themen zeigen, Europa blickt schwierigen Zeiten entgegen. Um die anstehenden Herausforderungen zu bestehen, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen. Deshalb der Delegationsbesuch gemeinsam mit Katrin Albsteiger, Ursula Groden-Granich und Florian Hahn bei unserer Schwesterfraktion Nya Moderaterna in Stockholm, um mit unseren schwedischen Freunden die politische Lage sowie gemeinsame Lösungen zu erörtern.



© Henning Schacht

Um die anstehenden Herausforderungen zu bestehen, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen. Deshalb der Delegationsbesuch gemeinsam mit Katrin Albsteiger, Ursula Groden-Granich und Florian Hahn bei unserer Schwesterfraktion Nya Moderaterna in Stockholm, um mit unseren schwedischen Freunden die politische Lage sowie gemeinsame Lösungen zu erörtern.

Welche Erkenntnisse nehmen Sie mit nach Deutschland?

Die Fraktionsvorsitzende Jessica Polfjärd und ich waren uns einig, dass wir unser konservatives Profil stärker betonen müssen gegen die in vielen Ländern hochschwingenden europafeindlichen Tendenzen im extrem linken wie im extrem rechten Spektrum. Es waren konservative

Politiker wie Adenauer, de Gaulle, Strauß und Kohl, die Europa aufgebaut und zum Erfolg geführt haben, und es liegt jetzt an uns Konservativen dafür zu sorgen, dass uns Europa als Wirtschafts- und Wertegemeinschaft auch in Zukunft erhalten bleibt.

Wie sieht Schweden die Entwicklungen der EU?

Unsere schwedischen Kollegen von der Nya Moderaterna sehen die aktuellen Entwicklungen in und um Europa mit großer Sorge. Dies gilt namentlich für die mangelnde Finanzstabilität in den Mittelmeerländern und für die außenpolitischen Entwicklungen in der Türkei, Russland sowie damit zusammenhängend in der Ukraine und in Syrien. Obwohl innenpolitisch hochbrisant, spricht sich die Nya Moderaterna deshalb für einen Natobeitritt Schwedens aus. Als exportorientiertes Land hofft man in Schweden auf eine Fortsetzung der Verhandlungen zu TTIP auch unter dem neuen US-Präsidenten.

JANUAR

- Die Flüchtlingsströme, der internationale Terrorismus, Europa und die Wirtschaftspolitik stehen im Mittelpunkt der 40. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth.
- Asylbewerber bekommen ab sofort einen sogenannten Flüchtlingspass. Sie werden unmittelbar nach Grenzübertritt registriert.
- Als Antwort auf die Vorfälle in der Kölner Silvesternacht diskutiert der Bundestag ein verschärftes Ausweisungsrecht. Bereits im Februar wird es verabschiedet.

FEBRUAR

- Die Begrenzung der Flüchtlingszahlen bleibt oberste Priorität. Mit dem Asylpaket II wird unter anderem der Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige eingeschränkt. Für Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive gelten beschleunigte Verfahren inklusive verschärfter Residenzpflicht und ein Beschäftigungsverbot.
- Das Meister-BAFÖG wird erhöht, familienfreundlicher gestaltet und entbürokratisiert.

MÄRZ/APRIL

- Die CSU-Landesgruppe im Dialog: Bei insgesamt drei Regionalkonferenzen beteiligt die Landesgruppe gemeinsam mit Minister Alexander Dobrindt (CSU) die Bürger am Konzept des Bundesverkehrswegeplans.
- Algerien, Marokko und Tunesien sollen zu sicheren Herkunftsländern werden. Der Bundestag debattiert dies in erster Lesung, verabschiedet wird das Gesetz im Mai: Doch bis heute ist es noch nicht in Kraft – Bündnis 90/Die Grünen blockieren den Beschluss im Bundesrat.

MAI

- Das Behindertengleichstellungsgesetz wird verabschiedet. Menschen mit Behinderung sollen Verkehrsmittel, Medien und Behördeninformationen besser nutzen können.
- Der Bundestag debattiert über den Ausbau digitaler Netze. Smart Home, Industrie 4.0, automatisiertes Fahren – das sind nur drei Punkte, um Deutschland für die Zukunft zu rüsten. Das entsprechende Diginetz-Gesetz wird im Juli beschlossen.

JUNI

- Starke Regenfälle richten vor allem in Bayern enorme Schäden an. In einer aktuellen Stunde ist die Flut-Katastrophe auch Thema im Deutschen Bundestag.
- Ein Anti-Terror-Paket sorgt für mehr Sicherheit. Künftig gibt es einen verbesserten Informationsaustausch mit ausländischen Nachrichtendiensten, mehr Befugnisse für die Bundespolizei und eine Ausweisungspflicht beim Kauf von Prepaid-Handys.
- Anbieter von W-LAN haften nicht für den Missbrauch durch Dritte. Der Bundestag beschließt die Abschaffung der sogenannten Störerhaftung.

JULI/AUGUST

- Fördern und Fordern ist das Prinzip des Integrationsgesetzes: Wer sich Integrationsmaßnahmen verweigert, dem drohen Leistungskürzungen. Anerkannten Flüchtlingen kann zudem der Wohnort vorgeschrieben werden, um Ghattobildungen zu vermeiden. Auch das fördert Integration. Ebenso wie die 100.000 zusätzlichen Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge.
- Auf ihrer Arbeitstagung in Hohenkammer positioniert sich die CSU-Landesgruppe zu verschiedenen Themen – wie etwa Rente, Europa oder Steuern.

SEP/OKTOBER

- Der Bundestag verabschiedet wichtige sozialpolitische Maßnahmen: Neben den Änderungen bei Zeitarbeit und Werkverträgen ist auch die Flexi-Rente ein wichtiges Element zur Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt.
- Nach der Einigung im Vermittlungsausschuss verabschiedet der Bundestag die Reform der Schenkungs- und Erbschaftsteuer. Die CSU-Landesgruppe hatte sich dabei vehement für den Erhalt von Arbeitsplätzen eingesetzt – mit Erfolg.

NOVEMBER

- EU-Ausländer sollen künftig erst nach einem Aufenthalt von fünf Jahren Anspruch auf Sozialleistungen haben. Seit langem fordert dies die CSU-Landesgruppe, im November wird das Vorhaben in den Bundestag eingebracht und im Dezember beschlossen.
- Für die Landwirte wird ein umfassendes Hilfspaket auf den Weg gebracht. Mit über 581 Millionen Euro unterstützt die Koalition in Not geratene Betriebe.

DEZEMBER

- 270 Milliarden Euro für mehr als 1.000 Projekte: Mit dem Bundesverkehrswegeplan startet ein Investitionsprogramm, welches Deutschlands Verkehrsinfrastruktur fit für die Zukunft macht.
- Mit dem Bundesteilhabegesetz ist eine der größten sozialpolitischen Reformen dieser Legislatur verabschiedet worden. Für Menschen mit Behinderung bedeutet dies mehr Selbstbestimmung und mehr Teilhabe.
- Das dritte Pflegestärkungsgesetz komplettiert eine ganze Reihe von Maßnahmen, die in dieser Legislaturperiode zur Verbesserung der Pflege verabschiedet wurden.



© picture alliance/Bildagentur online

Termin der Woche

Gerda Hasselfeldt hält politische Grundsatzrede vor Stipendiaten der Hanns-Seidel-Stiftung in München

Beim alljährlichen Treffen der Altstipendiaten und Stipendiaten der Hanns-Seidel-Stiftung referierte die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, zum Thema „Wahljahr 2017 – Deutschland vor entscheidenden Weichenstellungen“. Schwerpunktthemen waren die Sicherung von Wachstum und Wohlstand, die Wahrung der sozialen Balance, die Ausrichtung der Flüchtlingspolitik auf die drei Grundsätze Humanität, Integration und Begrenzung sowie Fragen der inneren und äußeren Sicherheit.



Hasselfeldt mahnte, die Sorgen der Menschen ernst zu nehmen und ihnen Orientierung sowie vertrauenswürdige Lösungen zu bieten. Sie rief die rund 200 Stipendiaten und ehemaligen Stipendiaten auf, ihrer Verantwortung in der Gesellschaft durch bürgerschaftliches Engagement nachzukommen.

Frohe Weihnachten!



Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns: Unsere Webseite www.csu-landesgruppe.de erscheint im neuen Design, ebenso der Brief aus Berlin. Aktuelle Berichte, Hintergrundinformationen und Statements unserer Abgeordneten finden Sie nun noch schneller auf einen Blick. Und wir zwitschern inzwischen mit. Unter [@csu_bt](https://twitter.com/csu_bt) sind auch wir auf Twitter unterwegs. Schauen Sie gern bei uns vorbei. Wir freuen uns auf Sie!

Genießen Sie jetzt aber die Zeit mit Ihrer Familie. Die Redaktion „Brief aus Berlin“ wünscht Ihnen gesegnete Weihnachten und einen guten Start ins neue Jahr! Freuen Sie sich auf die nächste Ausgabe – diese kommt direkt von der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Kloster Seon!

Impressum

Herausgeber:

Max Straubinger MdB
CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
internet: www.csu-landesgruppe.de

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
E-Mail: bab@cducsu.de

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.

Foto Editorial: Henning Schacht

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

